vinetur

# Deutschland plant für 2027 eine Erhöhung der Spirituosensteuer um 20 Prozent

Nach einer Prüfung im Ausschuss nahmen die Abgeordneten Schaumwein von der Erhöhung aus. Bier und Wein bleiben im Haushaltsgesetzentwurf ebenfalls außen vor.

Samstag, 21. November 2026



Deutschland steuert auf die erste Erhöhung der bundesweiten Steuer auf Spirituosen seit 1982 zu. Ein Haushaltspaket sieht vor, die Abgabe auf destillierten Alkohol zum 1. Januar 2027 um 20 Prozent anzuheben. Bier und Wein sollen davon ausgenommen bleiben; nach einer Überarbeitung im Ausschuss gilt das auch für Schaumwein.

Der Vorschlag ist Teil des Haushaltsbegleitgesetzes 2027, das Finanzminister Lars Klingbeil vorgelegt hat. Dem Plan zufolge soll der Steuersatz auf Spirituosen von 13,03 auf 15,64 Euro je Liter reinen Alkohols steigen. Die italienische Branchenpublikation The Garnish berichtete, die Änderung würde den Einzelhandelspreis einer 0,7-Liter-Flasche Wodka mit 40 Volumenprozent Alkohol um fast 90 Cent erhöhen.

Das Gesetzgebungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen. Nach der Prüfung durch den Finanzausschuss des Bundestages am 12. November nahmen die Abgeordneten Schaumweine von der geplanten Erhöhung aus. Die Ausnahme betrifft die deutsche Schaumweinsteuer, die unabhängig von der Herkunft für alle im Land verkauften Schaumweine gilt, darunter Prosecco und Champagner. Ein Termin für die abschließende Abstimmung im Bundestag steht noch nicht fest.

Gleichzeitig weitete die Regierungskoalition die deutsche Alkopopsteuer auf Mixgetränke mit bis zu 15 Volumenprozent Alkohol aus, darunter trinkfertige Produkte auf Spirituosenbasis. Wie The Garnish berichtete, senkte der Ausschuss den Steuersatz für die ausgeweitete Alkopopsteuer zudem um 45 Prozent. Dennoch würde sie eine 33-Zentiliter-Dose mit 10 Prozent Alkohol um etwa 1 Euro verteuern. Außerdem sollen 1 Prozent der Einnahmen aus dieser Steuer, höchstens jedoch 1 Million Euro, für Suchtpräventionsprogramme verwendet werden.

Die Einnahmeprognosen zur ursprünglichen Fassung des Vorhabens, in der Schaumweine noch nicht ausgenommen waren, gingen für 2027 von Mehreinnahmen in Höhe von 380 Millionen Euro und bis 2031 von jährlich 455 Millionen Euro aus. Die endgültigen Summen könnten sich daher ändern, falls der überarbeitete Gesetzentwurf in seiner jetzigen Form verabschiedet wird.

Die deutsche Debatte folgt auf einen weiter reichenden Vorschlag einer Expertenkommission für Gesundheit, die Gesundheitsministerin Nina Warken eingesetzt hatte. Im März empfahl die Kommission eine dreistufige Erhöhung zwischen 2027 und

2029, durch die die Spirituosensteuer auf 26,03 Euro je Liter steigen würde – fast das Doppelte des derzeitigen Satzes.

Der Widerstand der Spirituosenbranche ist groß. Der BSI, der deutsche Verband der Spirituosenhersteller und -importeure, argumentiert, die Branche trage bereits eine überproportionale Steuerlast. Nach Angaben des Verbands entfallen auf Spirituosen 4,6 Prozent der in Deutschland verkauften alkoholischen Getränke, aber 18 bis 20 Prozent des konsumierten reinen Alkohols und fast 70 Prozent der Alkoholsteuereinnahmen. Ein vom Verband in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten kommt zu dem Schluss, die neue Belastung, die nach seiner Berechnung 7,9-mal so hoch wäre wie die Steuer auf Bier, verstoße gegen die deutsche Verfassung und das europäische Recht.

Der Vorschlag ist über die Steuerpolitik hinaus von Bedeutung, weil er den Preiswettbewerb zwischen den Getränkekategorien verändern könnte. Durch höhere Abgaben auf Spirituosen bei gleichzeitiger Ausnahme von Bier, Wein und nun auch Schaumwein würde Deutschland die steuerlichen Unterschiede zwischen den Kategorien vergrößern. Das könnte die Margen von Destillerien, Importeuren und Marken trinkfertiger Getränke auf Spirituosenbasis unter Druck setzen und Produkten, die nicht von der Erhöhung betroffen sind, einen relativen Steuervorteil verschaffen.

Deutschland handelt damit nicht isoliert. Seit Juli 2025 wirbt die Weltgesundheitsorganisation mit ihrer Initiative 3 by 35 dafür, dass Regierungen Steuern einsetzen, um die realen Preise für Tabak, Alkohol und zuckerhaltige Getränke bis 2035 um mindestens 50 Prozent anzuheben.

Andere Länder verfolgen unterschiedliche Ansätze. Österreich hat bereits ein Gesetz verabschiedet, das die Alkoholsteuer zum 1. Januar 2027 um 30 Prozent auf 15,60 Euro je Liter reinen Alkohols anhebt. Bier und Wein bleiben auch dort ausgenommen. Das österreichische Finanzministerium erwartet durch die Änderung Mehreinnahmen von 35 Millionen Euro im Jahr 2027 und jährlich 45 Millionen Euro ab 2028.

Im Vereinigten Königreich wurden mit dem Haushalt vom Oktober 2026 alle Alkoholsteuern wieder an die Inflation gekoppelt. Daraus ergibt sich zum 1. Februar 2027 eine Erhöhung um 4,55 Prozent. Vorausgegangen war die Reform von 2023, mit der die Besteuerung an den Alkoholgehalt geknüpft wurde. Branchenverbände zufolge

sind die Abgaben auf Spirituosen dort innerhalb von drei Jahren um 17 Prozent gestiegen. Daten von HM Revenue and Customs zufolge beliefen sich die Einnahmen aus der Spirituosensteuer im Haushaltsjahr 2025/26 auf 4,059 Milliarden Pfund und lagen damit 94 Millionen Pfund unter dem Vorjahreswert. Das Finanzministerium leitete im April eine Überprüfung der Reform ein; die Scotch Whisky Association fordert eine Senkung.

In Polen stimmten die Abgeordneten im November 2025 einer stärkeren Anhebung der Verbrauchsteuern zu: 2026 sollten sie um 15 Prozent und 2027 um 10 Prozent steigen, statt der bereits gesetzlich festgelegten jährlichen Erhöhungen um 5 Prozent. Präsident Karol Nawrocki legte im Dezember 2025 jedoch sein Veto gegen die Maßnahme ein. Sie diene vor allem fiskalischen Zwecken und könne die Schattenwirtschaft ausweiten, erklärte er. Die jährlichen Erhöhungen um 5 Prozent bleiben bestehen.

Andere Regierungen haben einen moderateren Ansatz gewählt. Japan schloss seine Reform der Biersteuer am 1. Oktober ab: Die Steuer auf Bier wurde um 14,4 Prozent gesenkt und an die Sätze für Happoshu und bierähnliche Getränke der dritten Kategorie angeglichen, die auf dasselbe Niveau stiegen. Auf Dosengetränke vom Typ Chu-hi werden nun höhere Steuern erhoben. Große Brauereien haben günstigere Marken neu formuliert, damit sie als Bier verkauft werden können.

Kanada verlängerte die Begrenzung der jährlichen Verbrauchsteuererhöhungen für Bier, Spirituosen und Wein auf 2 Prozent ab dem 1. April um weitere zwei Jahre. Ohne diese Begrenzung würden die Steuern nach Bundesrecht mit der Inflation steigen. Zudem bleibt der ermäßigte Steuersatz auf die ersten 15.000 Hektoliter im Inland produzierten Biers bestehen. Australien setzte die Inflationsanpassung der Verbrauchsteuer auf Fassbier vom 1. August 2025 bis August 2027 aus und erhöhte zum 1. Juli den Erstattungs-Höchstbetrag für kleine Hersteller, darunter Destillerien. Die halbjährlichen Inflationsanpassungen für Spirituosen gelten weiterhin.

Für die italienische Getränkeindustrie ist der deutsche Vorschlag von unmittelbarer wirtschaftlicher Bedeutung. Italiens Verbrauchsteuer auf Ethylalkohol ist seit dem 1. Januar 2015 unverändert und beträgt 10,36 Euro je Liter reinen Alkohols. Deutschland war 2025 jedoch der wichtigste Exportmarkt für italienische Liköre und Spirituosen:

Laut der Italian Trade Agency belief sich der Absatz dort auf 363 Millionen Euro oder 18,95 Prozent des Gesamtwerts. Damit lag Deutschland vor den Vereinigten Staaten, auf die 12,5 Prozent entfielen.

Wird der deutsche Gesetzentwurf in seiner jetzigen Form verabschiedet, wären italienische Amari, Liköre und Grappa, die in Deutschland verkauft werden, von der Steuererhöhung um 20 Prozent betroffen. Wermut und Likörweine unterlägen weiterhin der Zwischenproduktsteuer, die dem Regierungsentwurf zufolge ebenfalls um 20 Prozent steigt. Für Dosen-Cocktails auf Spirituosenbasis und andere trinkfertige Mischgetränke würde die ausgeweitete Alkopopsteuer gelten.